Der Ausschuss nahm die Tischvorlagen zum Entwurf des 1. KiBiz-Änderungsgesetzes (Anlage 1) und zum Sonderprogramm des Landes zum u3 Ausbau (Anlage 2) zur Kenntnis.

Abg. Herchenbach-Herweg äußerte für ihre Fraktion weiteren Klärungsbedarf zum Thema Kindernottelefon. Die Verwaltung wird gebeten, bis Ende des Jahres schriftlich darzulegen, wie der Ablauf bei einer Gefährdungsmeldung im Kreisjugendamt sei. Zudem soll über die Vorgehensweisen bei den Jugendämtern der Städte Bonn und Köln und eines anderen Kreises berichtet werden.

Auf Frage der **Abg. Männig** erklärten **Dezernent Wagner** und **Ltd. KVD´in Schrödl**, man habe im März in der Bürgermeisterrunde noch einmal über die Rückforderung von Betriebskostenzuschüssen bei eingruppigen Kindertageseinrichtungen gesprochen. Es gebe nach wie vor kein einheitliches Votum, so dass entsprechend des Beschlusses vom 27.01.2011 (Top 4) überzahlte Betriebskostenzuschüsse von den Trägern zurückzufordern seien. Eine Liste der eingruppigen Kindertageseinrichtungen ist als Anlage 6 der Niederschrift beigefügt.

Auf Frage des **Mitgl. Seelbach** berichtete **Ltd. KVD´in Schrödl**, aktuell erfolge hinsichtlich der Personalbemessung für alle Bereiche des Kreisjugendamtes eine Organisationsuntersuchung. Für den sozialen Dienst läge das Ergebnis bereits vor; hier sei ein Mehrbedarf von zwei Stellen ermittelt worden, eine Stelle sei bereits besetzt worden. Für den Pflegekinderdienst erarbeite man in diesem Zusammenhang eine Beschreibung aller Arbeitsprozesse; das Ergebnis werde im Herbst vorliegen und dem Ausschuss vorgestellt. Auf Frage der **Abg. Herchenbach-Herweg** nach den steigenden Fallzahlen verwies **Ltd. KVD´in Schrödl** nochmals auf die Information vom 22.02.2011, die allen Fraktionen und den Mitgliedern des Ausschusses zusammen mit der Niederschrift der Sitzung vom 27.01.2011 zugegangen sei. Zusätzlich legt die Verwaltung des Kreisjugendamtes der Niederschrift die Aufstellung in der Aufbereitung für die Bürgermeister vor (Anlage 7).

Auf Frage der **Abg. Frohnhöfer** sagte die Verwaltung zu, in einer der nächsten Sitzungen die Familienhebammen und ihre Arbeit vorzustellen. **Abg. Frohnhöfer** fragte, ob der Rhein-Sieg-Kreis an der Projektlandkarte der RAA (Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) in NRW teilnehme. **Ltd. KVD´in Schrödl** sagte, dies sei ihr nicht bekannt. Sie sehe auch keinen Bedarf in den Kommunen im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes.

Frau Tüschenbönner berichtete, dass für das Elternbegleitbuch neue Sponsoren gewonnen werden konnten (Regionalagentur mit 600 € jährlich und dm-Markt mit 1.000 € jährlich). Seit der Ausgabe des Elternbegleitbuches im Juni 2009 bis Mai 2011 werde das Elternbegleitbuch von einem Viertel aller angeschriebenen Eltern von Neugeborenen abgerufen. Die Verteilung nach Gemeinden sei sehr unterschiedlich. Ca. 60% der Eltern suchten hierzu den persönlichen Kontakt zur zuständigen Sozialarbeiterin oder zum zuständigen Sozialarbeiter (Hausbesuch, Sprechstunde oder persönliche Übergabe im Jugendhilfezentrum). Die meisten Elternbegleitbücher würden in der Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid abgefragt (36%). In Alfter würden die meisten Hausbesuche durchgeführt. Fünf Elternbegleitbücher seien über die bei den Kooperationspartnern Früher Hilfen ausgelegten Gutscheine (z. B. in Kinderarztpraxis) an Eltern mit Kindern bis zum sechsten Lebensjahr ausgegeben worden. Graphische Erläuterungen sind in der Anlage 8 zu finden.

Frau Krämer-Bönisch wies auf eine Veranstaltung am 28.09.2011 von 16.00 bis 18.00 Uhr hin: Frühe Hilfen live - 5 Jahre Netzwerk für Kinder, Jugendliche und Familien an der Oberen Sieg. Eine schriftliche Einladung werde folgen. **Ltd. KVD´in Schrödl** wies auf die Jahrestagung für Mitglieder von Jugendhilfeausschüssen im Rheinland des Landschaftsverbandes Rheinland am 07. und 08. Juli 2011 in Bad Honnef hin.